



Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“

Saarland

Problemaufriss Für das Jahr 2007 ist im Saarland eine Steigerung der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund zu verzeichnen: 132 (davon 18 antisemitische und 16 fremdenfeindliche Straftaten sowie 12 Gewalttaten). Polizei, Justiz und der Verfassungsschutz erkennen übereinstimmend einen Rückgang von organisierten Mitgliedern in der rechtsextremistischen Szene. Zugleich wird eine Bündelung der Kräfte von NPD, DVU und „Kameradschaften“ zu einer „Volksfront von Rechts“ beobachtet. Eine Konzentration der Aktivitäten erfolgt im Raum Saarlouis, Köllertal und Saarbrücken.

Die Landeskoordinierungsstelle Die Landeskoordinierungsstelle (LKS) ist im Saarland in das Referat Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, dort in die Stabsstelle für Familie, Betreuung und Bildung im Ministerium für Bildung, Familie, Frauen und Kultur integriert. Die Arbeit der LKS setzt inhaltlich und organisatorisch konzeptionelle Überlegungen der früheren interministeriellen Arbeitsgruppe fort. Ein Vorteil liegt im schnellen Zugang zu maßgeblichen Stellen in Ministerien und Spitzenverbänden auf Kommunal- und Landesebene.

Das Beratungsnetzwerk Im Saarland wurde auf Landesebene ein Landesberatungsnetzwerk (LBNW) mit VertreterInnen aus staatlichen Stellen und auf regionaler Ebene ein lokales Beratungsnetzwerk mit Experten/-innen zum Thema Rechtsextremismus als feste Beratungsstruktur installiert. Die LKS ist in beiden Kernteams vertreten und stellt den Transfer zwischen beiden Gremien sicher. Anlassbezogen werden die Mobilen Interventionsteams in Absprache mit der LKS und dem LBNW von den ErstberaterInnen gebildet und geleitet. Bei Bedarf werden die Kompetenzen der Mitglieder des landesweiten Beratungsnetzwerkes genutzt und um externe BeraterInnen erweitert. Das Besondere im saarländischen Beratungsnetzwerk ist die flächendeckende regionale Ausrichtung und die feste Beratungsstruktur.

Kompetent beraten Schändung eines jüdischen Friedhofs:
Nach Bekanntwerden der Friedhofsschändung bespricht der lokale Berater die Situation mit dem Bürgermeister. Die Jugendgruppe des Adolf-Bender-Zentrums verteilt einen Flyer gegen Antisemitismus vor der ehemaligen Synagoge. Nachdem die Gesamtschule der Gemeinde und insbesondere deren Schülerversammlung (SV) Beratungsbedarf angemeldet hat, wird das Mobile Interventionsteam, bestehend aus der Gemeinde, der Synagogengemeinde Saar, dem Verein „DenkmalMit!“ und dem Adolf-Bender-Zentrum, gebildet. Im Anschluss an eine geführte Ortsbegehung zur jüdischen Geschichte informiert ein Referent zum Thema „Antisemitismus heute“. Der lokale Berater führt zudem Einzelberatungen durch. Ziel ist neben der Aufklärung der Bevölkerung, die SV zu befähigen, das neue Wissen in die Schule weiterzutragen.



Kontakt

Ministerium für Bildung, Familie, Frauen
und Kultur des Saarlandes (Referat S 2)

Hohenzollerstraße 60
66117 Saarbrücken

Tel.: 06 81 / 501 72 60

